BETREUUNGSGELD

Mit allen Mitteln

Die Koalition hat offenbar dringende Warnungen ignoriert, als sie vergangene Woche das umstrittene Betreuungsgeld im Eilverfahren in den Bundestag einzubringen versuchte und dabei scheiterte. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hatte am Donnerstag im Ältestenrat gemahnt, Abstimmungen wie über das Betreuungsgeld nicht durch das Parlament zu peitschen. Stattdessen sollten Union und FDP noch einmal über das Verfahren „nachdenken". Anlass der Mahnung war die Klage der drei Oppositionsfraktionen, die Koalition erzwinge eine Entscheidung vor der Sommerpause. Volker Beck, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, hatte zuvor in einer Runde mit seinen Kollegen von den anderen Fraktionen gedroht, man werde „mit allen Mitteln" eine Abstimmung des Betreuungsgeld-Gesetzes zu verhindern suchen. Nun wird die Entscheidung erst nach der Sommerpause fallen, sagt CSU-Chef Horst Seehofer. Dagegen regt sich Widerstand. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt beispielsweise plädiert für eine Sondersitzung Anfang Juli. Man könne sich von der Opposition bei einem so zentralen Vorhaben nicht den Zeitplan diktieren lassen, sagt Dobrindt.

SASCHA SCHUERMANN / DAPD

Bundeswehrsoldaten in Afghanistan

AUSLANDSEINSÄTZE

Weniger Rechte fürs Parlament?

In der Koalition ist ein Streit über den Umfang der Parlamentsbeteiligung bei Bundeswehreinsätzen ausgebrochen. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) will die Zustimmungsrechte der Abgeordneten ändern, damit die Bundeswehr leichter Aufgaben mit den Verbündeten absprechen kann. Wenn Deutschland etwa an einer gemeinsam organisierten Luftbetankung mitmachen wolle, solle der Bundestag das bereits grundsätzlich absegnen, bevor konkrete Einsätze anstehen, so de Maizière. „Eine solche Zustimmung muss auch dann für die Betankung noch gelten, wenn sich Deutschland an einem später beschlossenen Kampfeinsatz anderer Nationen selbst nicht beteiligt." Das Parlament müsse aber jederzeit ein Rückholrecht haben. Im Auswärtigen Amt stößt diese Idee auf wenig Gegenliebe. „Die Bundeswehr ist keine Regierungsarmee, sondern eine Parlamentsarmee", sagt Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP). „Der Parlamentsvorbehalt steht nicht zur Disposition, weil es wichtig ist, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr breit demokratisch getragen, mindestens aber intensiv und transparent demokratisch diskutiert werden."

THOMAS IMO

ZITAT

„Teppiche aus Afghanistan sind überhaupt nicht zollpflichtig. Das habe ich leider erst von meinem Anwalt erfahren."

Entwicklungsminister Dirk Niebel, 49 (FDP), gegenüber dem Deutschlandradio Kultur zur Affäre um sein vom Bundesnachrichtendienst eingeflogenes Mitbringsel aus Afghanistan. Laut einer EU-Bestimmung dürfen arme Länder wie Afghanistan alle Waren außer Waffen zollfrei nach Europa ausführen.

ENERGIEWENDE

Prepaid-Guthaben für Geringverdiener

Die SPD will die Kosten der Energiewende für Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger abmildern. Bundestagsfraktionsvize Ulrich Kelber fordert unter anderem Minikredit-Programme, mit denen einkommensschwache Haushalte energieeffiziente Geräte kaufen können. Zusätzlich will Kelber, dass die Energieversorger jedem Haushalt pro Person 500 Kilowattstunden Strom im Jahr zum günstigsten Tarif zur Verfügung stellen. Intelligente Stromzähler in jeder Wohnung sollen außerdem dafür sorgen, dass „eine begrenzte Strommenge pro Stunde zur absoluten Grundversorgung" zur Verfügung steht. Diese Stromzähler könnten mit einem Prepaid-Guthaben ausgerüstet werden.